

Stand: 12.02.2025 22:02:28

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/3951

"Für ein starkes Deutschland und ein starkes Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/3951 vom 12.11.2024
2. Beschluss des Plenums 19/3990 vom 13.11.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 33 vom 13.11.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Ilse Aigner, Petra Guttenberger, Daniel Artmann, Volker Bauer, Jürgen Baumgärtner, Konrad Baur, Barbara Becker, Dr. Andrea Behr, Maximilian Börtl, Robert Brannekämper, Franc Dierl, Dr. Alexander Dietrich, Leo Dietz, Alex Dorow, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Dr. Stefan Ebner, Dr. Ute Eiling-Hütig, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Kristan Freiherr von Waldenfels, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Patrick Grossmann, Josef Heisl, Petra Högl, Thomas Holz, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Martin Andreas Huber, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Björn Jungbauer, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Jochen Kohler, Joachim Konrad, Harald Kühn, Dr. Petra Loibl, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Thomas Pirner, Tobias Reiß, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Kerstin Schreyer, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Werner Stieglitz, Martin Stock, Karl Straub, Peter Tomaschko, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Peter Wachler, Josef Zellmeier und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Für ein starkes Deutschland und ein starkes Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass nach dem Auseinanderbrechen der Ampel-Koalition im Bund Deutschland ein lähmender Stillstand droht, weil Bundeskanzler Olaf Scholz es vorgezogen hat, seine Regierungserklärung nicht mit einer Vertrauensfrage zu verbinden. Der Bundeskanzler bleibt damit mit seiner Regierung ohne Mehrheit im Bundestag und ohne Rückhalt in der deutschen Bevölkerung länger als notwendig und bis ins nächste Jahr hinein im Amt. Dieser Stillstand hat gravierende Auswirkungen auch auf den Freistaat.

Der Landtag stellt weiter fest, dass eine solche Verlängerung der jetzigen Bundesregierung durch den Bundeskanzler ein Risiko für die bayerische und gesamtdeutsche Wirtschaft, für den Wohlstand in Bayern und für die nationale Sicherheit ist. Über drei Jahre ideologiegetriebene Wirtschaftspolitik des Bundes und ausufernde Bürokratie haben die Konjunktur erlahmen lassen. Das wirkt sich negativ auf die staatliche Finanzkraft aus. Angesichts der aktuell schwierigen wirtschaftlichen Lage und der großen Herausforderungen insbesondere bei Migration und Sicherheit, aber auch bei dringenden sozialpolitischen Themen, die sich auch in Bayern zunehmend auswirken, wäre eine handlungsfähige Bundesregierung notwendiger denn je.

Der Landtag spricht sich nach wie vor daher für möglichst baldige Neuwahlen im Bund aus. Der Landtag sieht den Bundeskanzler und den Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier jetzt in der staatspolitischen Pflicht, dafür so schnell wie möglich die Voraussetzungen zu schaffen und einen Wahltermin zu ermöglichen.

Der Landtag erwartet von einer neuen Bundesregierung, die Probleme auf Bundesebene auch im Sinne Bayerns kraftvoll anzugehen. Die mit dem bisherigen Taktieren einhergehenden Verzögerungen stehen einem zukunftsfähigen, nachhaltig finanzierten Bundeshaushalt 2025 im Weg. Der Freistaat, Bayerns Unternehmen und Kommunen brauchen zwingend in der Krise verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen.

Der Landtag sieht eine neue Bundesregierung gefordert, wieder gezielt in die zukunftsstarken Regionen wie vor allem Bayern zu investieren. Die gezielte Benachteiligung Bayerns, wie sie durch die Ampel-Koalition aus purer Ideologie und zum Schaden nicht nur Bayerns, sondern ganz Deutschlands praktiziert wurde, muss aufhören. Der Landtag betont, dass es erforderlich ist, dass der Freistaat als wirtschaftlicher und technologischer Motor Deutschlands wieder in den Fokus genommen wird, z. B. durch verbesserte Rahmenbedingungen, in der Energiepolitik durch einen schnellen Anschluss an das Wasserstoffkernnetz oder in der Forschungspolitik durch Investitionen in Bayerns starke Forschungslandschaft.

Der Landtag sieht den Freistaat als positives Beispiel für ein funktionierendes, verlässliches Staatswesen, das sich an den Bedürfnissen der Bürger orientiert. Bayern zeigt, wie mit Vernunft und Sachlichkeit wirtschaftliche Stabilität gesichert und der Wohlstand der Menschen geschützt werden kann. Auch im Bereich der Inneren Sicherheit setzt Bayern seit Jahren Maßstäbe. Der Freistaat ist das sicherste Bundesland. Der Landtag bekräftigt, dass der Freistaat „Ja“ sagt zu Hilfe für Schutzbedürftige sowie Bleiberechtigte und zu Arbeitsmigration, aber „Nein“ zu Überforderung, Kontrollverlust und illegaler Einwanderung. Eine klare und lösungsorientierte Politik ist entscheidend, um Unsicherheiten, Bedrohungen und einer Überlastung entgegenzuwirken.

Begründung:

Am 06.11.2024 hat Bundeskanzler Olaf Scholz den Bundesminister der Finanzen Christian Lindner entlassen. Damit ist die Ampel-Koalition zerbrochen. Gleichwohl lehnt der Bundeskanzler die logische Konsequenz ab, umgehend die Vertrauensfrage im Bundestag zu stellen. Mit seinem bisherigen Verhalten wird er seinen durch das Grundgesetz übertragenen Aufgaben und Verpflichtungen nicht gerecht. Er verstößt damit auch gegen den Willen des Volkes. Mehr als 80 Prozent der Menschen sind mit der Arbeit der Bundesregierung unzufrieden. Diese Bundesregierung und ihr Bundeskanzler haben weder im Bundestag eine Mehrheit, noch Rückhalt im Volk. Daran ändert der inzwischen kolportierte Termin für die Neuwahl des Bundestags am 23. Februar 2025 nichts.

Damit droht Deutschland eine Hängepartie und ein Stillstand. Das kann sich Deutschland jetzt nicht leisten: Die wirtschaftliche Entwicklung ist in größter Gefahr. Unternehmen und Betriebe schließen oder verkleinern sich. Die Zahl der Insolvenzen steigt sprunghaft an. Tausende Arbeitsplätze fallen weg (z. B. bei Volkswagen), viele weitere Arbeitsplätze – auch in Bayern – sind akut gefährdet. Der Standort Deutschland verliert wichtige Technologiebereiche dauerhaft, z. B. in der Chemiebranche. Zudem steht Deutschland im internationalen Wettbewerb vor zunehmend größeren Herausforderungen, die zweite Präsidentschaft Donald Trumps in den USA bringt viele Ungewissheiten und Risiken mit sich. In der Sozialpolitik gibt es viele Themenfelder, bei denen jetzt Weichen für die Zukunft gestellt werden müssen, die keinen Aufschub dulden, etwa bei der Krankenversorgung, der Pflege oder auch bei der sozialen Sicherung. Auch in der zentralen Frage der nationalen Sicherheit muss Deutschland schnell vorankommen, die Verteidigungsfähigkeit stärken und auch innerhalb der NATO zeigen, dass es ein verlässlicher Partner ist, der seinen Teil beiträgt. Nicht zuletzt in der Migrationspolitik müssen klare Schritte zur Begrenzung der Zuwanderung gegangen werden. Auch hier erwarten die europäischen Nachbarn ein Deutschland, das seinen Sonderweg endlich verlässt und sich einer verantwortungsvollen, steuernden Migrationspolitik in Europa

anschließt. Der Gesetzentwurf, den die Ampel-Koalition zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylrechts vorgelegt hat und den Bundeskanzler noch dieses Jahr parlamentarisch verabschieden lassen will, geht einseitig zulasten der Länder und ist deshalb abzulehnen. Für gute Lösungen bedarf es intensiver Beratungen und keines Hausruckverfahrens.

Deutschland braucht jetzt neuen Schwung, entschiedenes Handeln – jetzt ist Deutschland noch stark und hat viele gute Voraussetzungen. Da ist eine Bundesregierung ohne Konzept und ohne Mehrheit Gift. Daher sind schnelle Neuwahlen nötig, damit es in Deutschland wieder eine stabile Regierung gibt. Denn klare, verlässliche Vorgaben und Weichenstellungen durch eine handlungsfähige Bundesregierung sind auch für die Entscheidungen und das Handeln der Länder vielfach notwendig.

Aus Sicht des Freistaates ist klar: Eine neue Bundesregierung darf Bayern und insgesamt den wirtschaftlich starken Süden nicht weiter benachteiligen, sondern muss im Gegenteil Bayern als wirtschaftlichen Motor stärken und in die Zukunftsfähigkeit der starken Wirtschaftsregionen investieren. Von einem starken Bayern profitiert ganz Deutschland. Die Ampel-Koalition im Bund hat Bayern in vielen Bereichen gezielt benachteiligt, etwa:

- Bei den Hochwasser-Hilfsgeldern: Während die EU Hilfen aus dem Solidaritätsfonds bereitstellen will, lehnt der Bund bisher trotz Zusagen während der Flutkatastrophe jetzt ab.
- Bei der Batterieförderung ging BMW leer aus, nur Northvolt in Schleswig-Holstein wurde bedacht.
- Statt das weltweit anerkannte Netzwerk aus Universitäten, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen in Bayern für Technologieführerschaft zu stärken, sieht das Konzept, das am 26. Juni 2024 vom Bundeskabinett beschlossen wurde, die vorrangige Ansiedlung und Erweiterung von Bundes- und Forschungseinrichtungen in Kohlerevieren, ostdeutschen Flächenländern und strukturschwachen Regionen vor.
- Während Einzelprojekte wie Chip-Megafabriken in Sachsen mit Milliarden gefördert werden sollten, wurden Finanzierungszusagen für Bayern vom Bund gebrochen oder abgelehnt, z. B. in Bezug auf das Projekt Airbus A400, das Zentrum Mobilität oder zuletzt beim Thema Lilium. Mit der überarbeiteten Förderrichtlinie „Stärkung der Transformationsdynamik und Aufbruch in den Revieren und an den Kohlekraftwerkstandorten (STARK)“ wurden dort nun direkte Unternehmensförderungen verankert, während Bayern leer ausgeht. Von den Förderungen des Bundes zur Dekarbonisierung in der Chemie-, Stahl-, Papier- und Glasbranche fließt kein Euro nach Bayern.
- In der Energiepolitik hat die Ampel-Koalition im Bund Bayern im Stich gelassen. Die Atomkraftwerke wurden abgeschaltet, anders als beim Kohleausstieg gibt es keine Ausgleichsleistungen für Bayern. Beim Anschluss an die Zukunftstechnologie Wasserstoff verhindert der Bund derzeit die gesicherte Anbindung für Bayern. Bei Bioenergie und Geothermie hat die Ampel-Koalition wichtige Schritte versäumt: Für das Konzept zur weitergehenden Absicherung des Fündigkeitsrisikos wurde die finanzielle Grundlage nicht gelegt. Das gilt auch für die von Bayern, aber auch von verschiedenen Verbänden geforderte, deutliche Erhöhung und langfristige Ausrichtung der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW).

Das alles muss aufhören. Der Freistaat und seine Menschen dürfen und wollen nicht nur die Cash-Cow sein, die gemolken, aber nicht gefüttert wird.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Ilse Aigner, Petra Guttenberger, Daniel Artmann, Volker Bauer, Jürgen Baumgärtner, Konrad Baur, Barbara Becker, Dr. Andrea Behr, Maximilian Böttl, Robert Brannekämper, Franc Dierl, Dr. Alexander Dietrich, Leo Dietz, Alex Dorow, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Dr. Stefan Ebner, Dr. Ute Eiling-Hütig, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Kristan Freiherr von Waldenfels, Karl Freller, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Patrick Grossmann, Josef Heisl, Petra Högl, Thomas Holz, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Martin Andreas Huber, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Björn Jungbauer, Andreas Kaufmann, Manuel Knoll, Jochen Kohler, Joachim Konrad, Harald Kühn, Dr. Petra Loibl, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Thomas Pirner, Tobias Reiß, Jenny Schack, Andreas Schalk, Josef Schmid, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Kerstin Schreyer, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Werner Stieglitz, Martin Stock, Karl Straub, Peter Tomaschko, Carolina Trautner, Steffen Vogel, Peter Wachler, Josef Zellmeier und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/3951

Für ein starkes Deutschland und ein starkes Bayern

Der Landtag stellt fest, dass nach dem Auseinanderbrechen der Ampel-Koalition im Bund Deutschland ein lähmender Stillstand droht, weil Bundeskanzler Olaf Scholz es vorgezogen hat, seine Regierungserklärung nicht mit einer Vertrauensfrage zu verbinden. Der Bundeskanzler bleibt damit mit seiner Regierung ohne Mehrheit im Bundestag und ohne Rückhalt in der deutschen Bevölkerung länger als notwendig und bis ins nächste Jahr hinein im Amt. Dieser Stillstand hat gravierende Auswirkungen auch auf den Freistaat.

Der Landtag stellt weiter fest, dass eine solche Verlängerung der jetzigen Bundesregierung durch den Bundeskanzler ein Risiko für die bayerische und gesamtdeutsche Wirtschaft, für den Wohlstand in Bayern und für die nationale Sicherheit ist. Über drei Jahre ideologiegetriebene Wirtschaftspolitik des Bundes und ausufernde Bürokratie haben die Konjunktur erlahmen lassen. Das wirkt sich negativ auf die staatliche Finanzkraft aus.

Angesichts der aktuell schwierigen wirtschaftlichen Lage und der großen Herausforderungen, insbesondere bei Migration und Sicherheit, aber auch bei dringenden sozialpolitischen Themen, die sich auch in Bayern zunehmend auswirken, wäre eine handlungsfähige Bundesregierung notwendiger denn je.

Der Landtag spricht sich nach wie vor daher für möglichst baldige Neuwahlen im Bund aus. Der Landtag sieht den Bundeskanzler und den Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier jetzt in der staatspolitischen Pflicht, dafür so schnell wie möglich die Voraussetzungen zu schaffen und einen Wahltermin zu ermöglichen.

Der Landtag erwartet von einer neuen Bundesregierung, die Probleme auf Bundesebene auch im Sinne Bayerns kraftvoll anzugehen. Die mit dem bisherigen Taktieren einhergehenden Verzögerungen stehen einem zukunftsfähigen, nachhaltig finanzierten Bundeshaushalt 2025 im Weg. Der Freistaat, Bayerns Unternehmen und Kommunen brauchen zwingend in der Krise verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen.

Der Landtag sieht eine neue Bundesregierung gefordert, wieder gezielt in die zukunftsstarken Regionen wie vor allem Bayern zu investieren. Die gezielte Benachteiligung Bayerns, wie sie durch die Ampel-Koalition aus purer Ideologie und zum Schaden nicht nur Bayerns, sondern ganz Deutschlands praktiziert wurde, muss aufhören. Der Landtag betont, dass es erforderlich ist, dass der Freistaat als wirtschaftlicher und technologischer Motor Deutschlands wieder in den Fokus genommen wird, z. B. durch verbesserte Rahmenbedingungen, in der Energiepolitik durch einen schnellen Anschluss an das Wasserstoffkernnetz oder in der Forschungspolitik durch Investitionen in Bayerns starke Forschungslandschaft.

Der Landtag sieht den Freistaat als positives Beispiel für ein funktionierendes, verlässliches Staatswesen, das sich an den Bedürfnissen der Bürger orientiert. Bayern zeigt, wie mit Vernunft und Sachlichkeit wirtschaftliche Stabilität gesichert und der Wohlstand der Menschen geschützt werden kann. Auch im Bereich der Inneren Sicherheit setzt Bayern seit Jahren Maßstäbe. Der Freistaat ist das sicherste Bundesland. Der Landtag bekräftigt, dass der Freistaat „Ja“ sagt zu Hilfe für Schutzbedürftige sowie Bleibeberrechte und zu Arbeitsmigration, aber „Nein“ zu Überforderung, Kontrollverlust und illegaler Einwanderung. Eine klare und lösungsorientierte Politik ist entscheidend, um Unsicherheiten, Bedrohungen und einer Überlastung entgegenzuwirken.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Klaus Holetschek

Abg. Christoph Maier

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Martin Böhm

Abg. Eva Lettenbauer

Abg. Franc Dierl

Abg. Felix Locke

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Sanne Kurz

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun noch auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Für ein starkes Deutschland und ein starkes Bayern (Drs. 19/3951)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn u. a. und Fraktion (SPD)

Bayern und Deutschland sind stark - mehr Engagement der Staatsregierung für Bayern statt Wahlkampf in Berlin (Drs. 19/3968)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen und Vorsitzenden der CSU-Fraktion Klaus Holetschek das Wort. Bitte schön.

Klaus Holetschek (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Land hat etwas Besseres verdient, als es jetzt im Moment in Berlin hat.

(Johannes Becher (GRÜNE): Endlich Wahlkampf im Land!)

Mit dieser Regierung geht dieses Land bergab.

(Anna Rasehorn (SPD): Mit Söder?)

Was wir jetzt in den letzten Tagen erlebt haben, war ein Schauspiel ohnegleichen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Mich wundert es nicht mehr, wenn die Menschen kein Vertrauen mehr haben in die Handlungsfähigkeit des Staates, wenn man sieht, wie ein Kanzler, kurz bevor er abtritt, noch mal taktiert, das in die Länge zieht und die Dinge verschleppt.

(Widerspruch bei der SPD)

Wer soll denn da noch glauben, dass es um das Land geht? Es geht denen nicht mehr um das Land, es geht um Machterhalt, es geht um Parteipolitik. Wir brauchen Menschen, die an das Land denken, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Diese sogenannte Fortschrittskoalition

(Zuruf des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

hat den Menschen nicht nur die Perspektive genommen, sondern sie hat ihnen auch den Stolz auf ihr Land genommen, indem sie eine desaströse Politik gefahren hat, vom Anfang bis zum Ende.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will das auch noch deutlich machen: Wo stehen wir denn jetzt? – Die Wirtschaft ist am Boden. Jeden Tag hören wir neue Meldungen, wie es bergab geht:

(Zuruf von der SPD)

Automobilindustrie, Zulieferer – Stellenabbau. Das ist die Wahrheit. Die Wirtschaft liegt am Boden. Das ist keine Delle mehr, das ist ein Substanzverlust für die Bundesrepublik Deutschland in entscheidenden Fragen für die Zukunft. Zu verantworten hat dies der Kanzler mit seiner Truppe in Berlin, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das Migrationsthema ist nicht gelöst. Wie lange und wie schwierig schleppt man sich von Diskussion zu Diskussion, bevor man endlich Entscheidungen trifft, dass man konsequent zurückweist an der Grenze, dass man alles tut, damit keine Anreize entstehen. Das Migrationsthema ist ein Grundthema, das schon lange hätte gelöst werden müssen. Und was ist passiert? – Nichts ist passiert in Berlin.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Arif Taşdelen (SPD): Grüße an Seehofer!)

Dann kommt noch die soziale Frage. Und ich sage Ihnen, das ist ein Thema, das mich wirklich zutiefst bewegt. Die Menschen brauchen eine Pflegereform. Was hat Karl Lauterbach die letzten Jahre angekündigt? – Es kommt etwas. Ich arbeite mit dem Kanzler an der Pflegereform. – Das ist ein Schlag in die Magengrube der pflegenden Angehörigen und derer, die sich draußen jeden Tag um Menschen kümmern. Nichts ist passiert! Nada.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Krankenhausreform steht kurz vor dem Scheitern. Das sind die entscheidenden Fragen für die Zukunft. Ich will jetzt gar nicht von der Rente reden. Aber hier sehen Sie, wie Politik versagt

(Zuruf des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

und wie die Menschen Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates verlieren. Das ist das Entscheidende. Ganz zum Schluss hätte der Kanzler den Menschen noch einen Dienst erweisen können, ganz zum Schluss einen Dienst am Land, indem er sehr schnell gesagt hätte: Ich habe die Botschaft verstanden, ich tue alles dafür, den Weg frei zu machen, und nicht erst mal zu überlegen: Machen wir es vielleicht am 15. Januar? Dann gehe ich zu Frau Miosga und erzähle: Na ja, die Fraktionsvorsitzenden sollen das aushandeln. – Entschuldigung, in diesen Zeiten musst du, wenn du führen willst, dich hinstellen und sagen: Ich übernehme die Verantwortung, ich stelle

mich hin, und wir machen das so. – Das ist das, was ich erwarte, und nicht diesen Eiertanz.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE) – Zurufe von der SPD)

Na ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kanzler hält sich ja schon – wie hat es Markus Söder heute im Parlament gesagt? – für den Coolsten, habe ich gehört. Ich glaube tatsächlich, dass er mit der Uncoolste ist.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Aber ich finde es noch viel schlimmer, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, dass Habeck – die Hybris muss man erst mal haben –, der Mann, der dafür verantwortlich ist, dass wir in der Wirtschaft jetzt an dem Punkt sind, tatsächlich meint: Ich werde Kanzler.

(Michael Hofmann (CSU): Unglaublich!)

Also das muss man sich erst mal vorstellen. Da gehört schon etwas dazu, am Küchentisch zu sitzen und zu philosophieren: Alles in Ordnung. Wir haben vielleicht den einen oder anderen Fehler gemacht, der Wirtschaft geht es im Moment nicht ganz so gut, aber ich habe daraus gelernt, und ich werde jetzt Kanzler. – Das sind Ansagen, starke Ansagen für dieses Land.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die werden nie mehr Verantwortung in diesem Land tragen. Das ist die Botschaft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der CSU: Hört, hört! – Widerspruch des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

– Es ist keiner fehlerfrei. Keiner ist fehlerfrei, Kollege Becher, keiner. Aber die Hybris zu haben zu sagen: Wir haben dieses Land jetzt drei Jahre an die Wand gefahren, mit einer völlig verfehlten Wirtschaftspolitik! – Ich weiß nicht, mit welchen Unternehmen Sie sprechen. Aber die, mit denen ich spreche, aus dem Mittelstand, dem Handwerk, den familiengeführten Unternehmen, sagen alle: keine Planbarkeit, keine Verlässlichkeit, schwierige Energiepolitik, keine Zukunftsperspektiven. – Das ist die Verantwortung des Wirtschaftsministers der Bundesrepublik Deutschland, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Johannes Becher (GRÜNE):
Wer hat uns in die Abhängigkeit von Russland gebracht?)

– Ach, hören Sie doch auf! Es ist doch bodenlos! Wer hat uns in die Abhängigkeit geführt? – Leute, ihr seid an der Regierung. Ihr müsst die Probleme der Menschen lösen, wir alle müssen das. Dafür sind wir gewählt. Das ist die Botschaft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Nicht immer fragen: Wer? Schauen Sie, die Menschen, die da oben auf der Besuchertribüne sitzen, die haben Sorgen, die haben Nöte. Die wollen nicht hören, für was ihr nicht zuständig seid, was ihr nicht könnt.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Wer Verantwortung hat, muss die Verantwortung ausüben und muss die Probleme lösen, die da sind. Dafür sind wir gewählt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Ihr hättet euch lieber dafür einsetzen sollen, dass Bayern nicht abgehängt wird. Ihr müsst euch das mal vorstellen: Bayern wurde im wahrsten Sinne des Wortes im Regen stehen gelassen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Ich war selber beim letzten Hochwasser draußen in Babenhausen. Herr Habeck war da, Frau Roth war da. Ich kann Ihnen sagen, was dort gesagt worden ist: Wir werden euch nicht im Stich lassen, wir werden euch helfen. – Ja, wo sind sie denn, liebe Freunde? – Nirgends.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist doch bodenlos. Bodenlos!

Das ist eine Doppelmoral ohnegleichen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Draußen den Mund aufreißen, in Gummistiefeln durchs Land stapfen, und wenn es darauf ankommt, nicht liefern. Das ist die Politik der Ampel, nichts anderes.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Es geht ja noch weiter.

(Johannes Becher (GRÜNE): Da bin ich gespannt!)

Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sollen nicht mehr nach Bayern. Wir haben vor Kurzem das Thema Lilium gehabt. Wir wollten dieses Start-up unterstützen. Wo war denn der Bund? Warum habt ihr das nicht unterstützt? Die GRÜNEN haben dagegengearbeitet.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

So ist es. Das ist die Wahrheit. In diesem Land wird der Süden abgehängt, weil diese Regierung nicht gerecht ist und nicht auf die Bedürfnisse der Menschen schaut.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen brauchen wir jetzt einen neuen Geist in diesem Land.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Wir brauchen einen neuen Geist, der tatsächlich die Dinge für die Menschen richten will, der sagt: Wir können es. – Ich bin überzeugt, dass es Deutschland nach wie vor kann. Wenn wir die richtigen Rahmenbedingungen setzen, wenn wir die richtigen Botschaften geben in dieser Zeit, dann werden die Menschen dieses Land auch wieder in die richtige Form bringen, nämlich nach oben.

(Zuruf der Abgeordneten Doris Rauscher (SPD))

Das ist damals schon gegangen.

(Zuruf der Abgeordneten Doris Rauscher (SPD))

– Ach, hören Sie doch auf! Schauen Sie, die Leute sind doch verzweifelt. Glauben Sie mir das. Ich glaube, 80 % von den Leuten draußen wollen diese Regierung nicht mehr.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ja, wo kommen die denn her? Warum haben die Menschen kein Vertrauen in diese Regierung? Weil ihr so toll seid? Weil ihr so klug seid? Weil ihr so gescheite Reden haltet? – Weil ihr nicht liefert! Weil ihr es nicht könnt! Deswegen müsst ihr weg! Ganz einfach.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Johannes Becher (GRÜNE): Bierzelt!)

– Nein, nein, das müssen Sie sich schon anhören.

(Johannes Becher (GRÜNE): Ja sicher! Wir hören uns alles Mögliche an!)

Die Zeit ist jetzt gekommen.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Becher, darf ich Sie jetzt mal bitten. Ein Dauerfeuer ist kein Zwischenruf mehr. Bitte.

Klaus Holetschek (CSU): Ist ja völlig in Ordnung.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Holetschek, bitte.

(Eva Lettenbauer (GRÜNE): Das ist ein Parlament, kein Parteitag! – Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Klaus Holetschek (CSU): – Entschuldigung, natürlich ist das das Parlament, liebe Frau Kollegin. Aber Sie müssen sich doch mal die Fakten anhören. Sie haben versagt. Wo waren denn die GRÜNEN aus Bayern, wenn es in Berlin um unsere Interessen ging?

(Zurufe von den GRÜNEN: Oje!)

Ich habe euch nicht gehört. Ich habe keinen von euch gehört, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wo habt ihr unsere Interessen vertreten?

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Martin Wagle (CSU): Nirgends!)

Wir brauchen jetzt einen neuen Geist. Wir brauchen einen neuen Aufbruch. Wir brauchen eine Regierung, die verlässlich ist, die die Leistungsbereitschaft der Menschen stärkt, ihnen wieder Zuversicht und Hoffnung gibt. Ich kann nur raten, jetzt keine Spielereien mehr zu machen. Ich kann nur raten, dass die Reste-Ampel möglichst schnell der Vergangenheit angehört und dass wir den Menschen Zukunft und Perspektive geben.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Dafür werden wir bis zum Wahltag kämpfen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der AfD: Oje!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Holetschek, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich Christoph Maier, AfD-Fraktion, das Wort.

Christoph Maier (AfD): Herr Holetschek, Sie haben davon gesprochen, dass die Ampel-Regierung versagt hätte. Doch was war denn vor der Ampel-Regierung? Da gab es 16 Jahre Angela Merkel,

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Oje!)

getragen von der CSU. Sie kennen sie ja persönlich sehr gut.

(Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich bitte um etwas Ruhe.

Christoph Maier (AfD): Alle Probleme, die Sie gerade angesprochen haben, wurden bereits unter der Kanzlerschaft Angela Merkels vorbereitet und von Ihnen unterstützt.

Ich fange an mit dem Atomausstieg,

(Zurufe)

mit der Abschaffung der Wehrpflicht, mit den wirtschaftlichen Problemen, die jetzt durch die Lage der fehlenden Energie, die wir in Deutschland haben, über uns kommen. Sie haben in der Migrationsfrage komplett versagt. Sie haben die deutschen Grenzen geöffnet, Millionen Fremde nach Deutschland hereingelassen. Die Probleme haben wir heute immer noch zu bewältigen. Sie sind nicht integriert. Durch diese Zunahme der Bevölkerung gibt es nicht ausreichend Wohnraum, gibt es nicht ausreichend gesundheitliche Versorgung. Es gibt auch nicht ausreichend Plätze an Schulen und Kindergärten. Bis heute unternehmen Sie nichts, um diesen Zustrom zu stoppen.

Ich sage Ihnen: Sie sind die eigentlichen Versager der Politik in Deutschland. Sie sind in der Verantwortung gewesen und haben all diese Probleme vorbereitet und eingeleitet.

Wenn Sie heute sagen, in diesem Land müsse ein neuer Geist einkehren, dann sage ich Ihnen: Ein neuer Geist kann nur mit einer neuen Partei in Deutschland Einzug halten.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, Sie haben eine Minute für Ihre Zwischenbemerkung.

Christoph Maier (AfD): Das ist die AfD!

(Allgemeine Unruhe)

Mit einer Versagerpartei wie der CSU ist in Deutschland keine Zukunft möglich! – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Martin Wagle (CSU): Der Witz des Jahres!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte schön, Herr Kollege Holetschek.

Klaus Holetschek (CSU): Lieber Herr Kollege Maier, ich hoffe, dass nie wieder dieser Geist einkehrt, dem Sie möglicherweise anhängen; denn der ist von gestern, von vorgestern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der AfD)

– Schreien Sie nur. Wir werden alles dafür tun, damit das Land in Ordnung kommt.

(Ferdinand Mang (AfD): Ins Chaos!)

Wir werden aber auch alles dafür tun, damit Sie nie in die Verlegenheit kommen, für dieses Land Verantwortung zu tragen. Sie können es nicht, Sie hängen dem ewig

Gestrigen an, Sie spalten das Land. Wir werden Sie bekämpfen, wo immer wir können. Das verspreche ich Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Nächster Redner ist der Abgeordnete Volkmar Halbleib für die SPD-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich bitte wieder um etwas Ruhe.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Kollege Holetschek, ich finde, wer hier im Plenum des Bayerischen Landtags von diesem Pult aus einen neuen Geist einfordert, der sollte sich bei seiner Rede auch an solch einem neuen Geist orientieren.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Redebeitrag war uralte Rhetorik, eine alte Methode. Da war kein neuer Geist drin. Es war eine Wahlkampfreden. Leider war es hier im Bayerischen Landtag eine Bierzeltreden.

(Michael Hofmann (CSU): Ihr erkennt eine Bierzeltreden nicht einmal, wenn ihr sie vor euch habt! Ihr findet beim Bierzelt nicht mal den Eingang! – Johannes Becher (GRÜNE): Es war Wahlkampf!)

– Ja, so ist es. – Herr Holetschek, den neuen Geist können Sie mal bei sich selber suchen.

Das Gleiche gilt auch für das Ziel dieses Antrags. Worum geht es Ihnen in diesem Antrag zu diesem Zeitpunkt eigentlich? – Keiner weiß es. Es ist ein Schauspiel, das Sie hier inszenieren wollen.

(Martin Wagle (CSU): In Berlin haben wir ein Schauspiel!)

Es ist reine Wahlkampfrede. Nichts anderes ist damit verbunden. Ich weiß nicht, was Sie da motiviert. Vielleicht ist es auch der Phantomschmerz, der immer noch nicht nachgelassen hat, dass die CSU mit ihrem Vorsitzenden bei der Kanzlerkandidatur keine Rolle gespielt hat und wiederholt nicht zum Zuge kam.

(Zurufe von der CSU: Oje!)

Vielleicht ist das auch eine Form der Therapie, dass Herr Söder heute nicht als Ministerpräsident hier in diesem Landtag ist, sondern an einer Sitzung des Deutschen Bundestags teilnimmt. Ist es sein Misstrauen, dass Herr Dobrindt oder Herr Merz nicht die richtigen Worte finden?

(Martin Wagle (CSU): Er ist Parteivorsitzender! – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Er redet vor dem Bundesrat!)

– Als Parteivorsitzender hat er auf der Bundesratsbank gar nichts zu suchen. Es war auch dort eine Wahlkampfrede – und keine gute Rede, sondern eine Bierzeltrede im Deutschen Bundestag. Insofern gleichen sich die Szenarien.

Ich sage Ihnen nur eines: Herr Ministerpräsident Söder kann sich offensichtlich nicht zwischen München und Berlin entscheiden. Das erwarten aber zumindest die bayerischen Bürger. Heute hat er diese Entscheidung zulasten des Bayerischen Landtags und zulasten des Freistaats Bayern getroffen.

(Beifall bei der SPD – Michael Hofmann (CSU): Also wirklich nicht! – Martin Wagle (CSU): So ein Blödsinn!)

Man muss sich einmal fragen, was Sie mit dem Antrag wollen. Gestern Abend gab es eine Einigung der Regierungsfaktionen mit der größten Oppositionsfraktion CDU/CSU über den Wahltermin am 23.02. und eine Vereinbarung mit dem Bundeskanzler und auch dem Bundespräsidenten.

(Michael Hofmann (CSU): Papier ist bestellt! Nicht mal das kann er!)

Ein gemeinsamer Weg

(Unruhe)

– bitte zuhören! – mit dem Bundespräsidenten, sodass alle drei Verfassungsorgane einen einheitlichen, vernünftigen Weg zu Neuwahlen gefunden haben.

Was es soll, heute einen solchen Antrag zu stellen, der diesen einheitlichen Weg in Frage stellt und thematisiert, bleibt das Geheimnis von CSU und FREIEN WÄHLERN.

(Michael Hofmann (CSU): Das ist lächerlich!)

Das überzeugt im Bayerischen Landtag keinen.

(Martin Wagle (CSU): Aktueller geht's doch gar nicht!)

– Aktuell? – Ihr seid der Entwicklung hinterher. Dringende Empfehlung: Statt sich über den längst vereinbarten Wahltermin und alle Einigungen in Berlin noch einmal zu echauffieren, würde ich Sie bitten, lieber das zu machen, was unsere Aufgabe in der Politik ist, nämlich die politischen Fragen in den Parlamenten, insbesondere im Deutschen Bundestag, zu beantworten und sich darauf zu konzentrieren, dass wir gemeinsam Lösungen für dieses Land und Lösungen für die Sorgen der Menschen finden.

(Martin Wagle (CSU): Da habt ihr versagt!)

Das wäre Ihre Aufgabe gewesen. Ich habe dazu von Ihnen keinen einzigen Ton gehört, weder zur Frage, wie wir gemeinsam das Bundesverfassungsgericht vor möglichen Blockaden im neuen Deutschen Bundestag schützen können, noch ein Wort zur Wachstumsinitiative mit der Verbesserung zur Abschreibung von Investitionen und zum Abbau von Bürokratie, mit mehr Anreizen zur Arbeit, mit Entlastungen von Firmen beim umstrittenen Lieferkettengesetz. Das liegt alles auf dem Tisch des Deutschen Bundestages. Sie können dafür viel tun.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das hättet ihr in Berlin jetzt drei Jahre machen können!)

– Sie müssen sich raushalten, weil Sie nicht dem Deutschen Bundestag angehören. Tut mir leid, liebe FREIE WÄHLER.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Noch nicht, Kollege! – Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sie auch bald nicht mehr!)

Sie könnten auch etwas zur Erhöhung des Kindergeldes und natürlich zum Ausgleich der kalten Progression sagen. – Zu all diesen zentralen Themen, die in dieser Lage jetzt Aufgabe der Politik sind, haben Sie kein einziges Wort gesagt und stattdessen hier im Bayerischen Landtag eine Bierzeltrede gehalten.

(Beifall bei der SPD)

Das geht so nicht.

(Klaus Holetschek (CSU): Das geht schon!)

Sie können die Ampel natürlich bewerten, wie Sie wollen. Wissen Sie, Sie sind CSU-Politiker, natürlich können Sie martialische Worte verwenden.

(Klaus Holetschek (CSU): Die Bürger bewerten die Ampel! Die Bürger!)

Ich bitte aber um eines, nämlich: den neuen Geist auch einmal bei Ihnen einkehren zu lassen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Jawohl!)

Das würde voraussetzen, dass Sie Ihre eigene Rolle als CDU/CSU – insbesondere als CSU – in der Bundespolitik der vergangenen Jahre einmal analysieren.

(Klaus Holetschek (CSU): Ihr wart doch immer dabei!)

Die Union war nach der Bundestagswahl im Jahr 2021

(Klaus Holetschek (CSU): Finanzminister Scholz war doch immer dabei!)

nicht einmal auf dem Platz, um Koalitionsverhandlungen aufzunehmen. Warum? – Weil dieser Wahlkampf durch die Querschüsse des Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden die Union so in Frage gestellt hat, dass Sie nicht auf dem Platz waren. Es gab kein Angebot der Union.

(Michael Hofmann (CSU): So ein Quatsch!)

Ich erinnere daran, 2017 waren Sie von der CSU nicht einmal dazu in der Lage, sich als CDU/CSU, GRÜNE und FDP gemeinsam überhaupt auf eine Regierung zu einigen. Sie sind gescheitert, und zwar gemeinsam gescheitert.

(Doris Rauscher (SPD): So ist es!)

Lindner ist dann zwar vor die Presse getreten, aber letztendlich war es ein gemeinsames Scheitern. Die CSU hat nicht einmal, als sie auf dem Platz war, gemeinsam mit den anderen Parteien eine Regierung zustande gebracht. Das ist doch die politische Wahrheit, mit der Sie sich auseinandersetzen müssen.

(Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

Viele Probleme waren schon da.

(Beifall bei der SPD)

Die Asylpolitik ist heute genannt worden. Ich will die Jahre 2015 bis 2021 nicht Revue passieren lassen; aber die jetzige Bundesregierung hat erstmals geschafft, was Sie nicht geschafft haben,

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sie haben es geschafft, Deutschland zu ruinieren!)

nämlich eine gemeinsame europäische Asylpolitik auf den Weg zu bringen. Das ist doch ein Erfolg, den Sie nicht geschafft haben.

(Beifall bei der SPD)

Dann reden wir einmal über die Probleme, die die Bürger umtreiben: Das ist die Infrastruktur bei der Bahn und bei Bundesfernstraßen. Beantworten Sie mir das einmal in einem neuen Geist, wer dafür in der Ressortverantwortung auf Bundesebene verantwortlich war. Wer hat denn von 2009 bis 2021 die Verantwortung für den Zustand der Bahn, der Bundesfernstraßen und der Brücken gehabt?

(Zurufe des Staatsministers Dr. Florian Herrmann und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER) – Martin Wagle (CSU): Scholz als Finanzminister!)

Das waren doch alles Verkehrsminister von CDU und CSU. Wenn ich den Namen des letzten Verkehrsministers der CSU erwähne, fällt mir nicht nur das Nichthandeln in diesem Bereich auf, sondern auch, dass er auch noch 350 Millionen Euro Steuerzahlergeld in der Maut verbrannt hat. Das ist die Wahrheit, der Sie sich einmal stellen müssen.

(Beifall bei der SPD)

In der Energiepolitik war es ein Schlingerkurs herauf und herunter. In Bayern wurde dagegengearbeitet: Es wurden die 10-H-Regelung und Sperren eingeführt. Der Netzausbau wurde blockiert. Da sollten Sie über Energiepolitik einmal ganz schweigen. Ich stelle einfach fest, dass das Bürokratieproblem in diesem Land nicht am 06.12.2021 begonnen hat, sondern seit langen Jahren und Jahrzehnten auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene besteht. Ich finde schon, dass man hier im Bayerischen Landtag auch in Wahlkampfzeiten einmal anerkennen sollte, welchen Konflikten diese Bundesregierung gegenüberstand.

(Martin Wagle (CSU): Innere Konflikte! Innere Konflikte!)

Das waren der Ukraine-Krieg, die Erdgassperre, Corona, der internationale Rahmen. Die Überlagerung der Probleme hat bis heute eine Dimension, der noch keine andere

Bundesregierung ausgesetzt war. Das sollten wir einmal anerkennen, auch in Zeiten eines neuen Geistes.

Dann komme ich zu einem ganz bedeutenden Punkt, der auch für die Zukunft wichtig ist: Die Union hat ihr legitimes Recht in Anspruch genommen, vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Bundeshaushalt, gegen den Klima- und Transformationsfonds zu klagen. Das ist alles in Ordnung. Das Bundesverfassungsgericht hat darüber geurteilt; aber dann haben Sie gleichzeitig permanent von Bayern, aber auch vom Deutschen Bundestag aus Mehrausgaben in Milliardenhöhe in fast allen Politikbereichen gefordert. Das ist natürlich keine seriöse Finanzpolitik. Sie müssen Antworten geben, wie die Ertüchtigung unserer Infrastruktur, die Finanzierung der Energiewende, der Erhalt der sozialen Sicherheit und die Erfüllung unserer internationalen Verpflichtungen mitfinanziert werden können.

Das alles – das wissen Sie auch – wird ohne Reform der Schuldenbremse von Bund und Ländern nicht gehen. Wir werden die Schuldenbremse nicht aufrechterhalten. Auch das gehört zum neuen Geist. Wir brauchen einfach mehr finanziellen Spielraum. Es ist richtig, dass wir den nachfolgenden Generationen keinen Schuldenberg hinterlassen;

(Martin Wagle (CSU): Weg mit dem Bürgergeld!)

aber wenn wir ihnen ein Land hinterlassen,

(Martin Wagle (CSU): Weg mit dem Bürgergeld!)

das sich nicht verteidigen kann, dessen Infrastruktur in einem desaströsen Zustand ist

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das bedingungsloses Grundeinkommen auszahlt?)

und dessen Klimabeitrag weit hinter den Erfordernissen zurückbleibt, sichert das auch keine Zukunft. Sie können sich gegen meine Worte wehren, aber das ein Originalzitat von Erwin Huber, dem früheren bayerischen Finanzminister, –

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, bitte kommen Sie zum Ende.

Volkmar Halbleib (SPD): – aus den "Nürnberger Nachrichten" vom 5. November 2024. Das ist die Wahrheit, und der sollten Sie sich stellen. Den neuen Geist will ich von Ihnen erst einmal sehen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Martin Böhm für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Martin Böhm (AfD): Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucher hier auf der Tribüne! Erkenntnisse, mit denen uns CSU und FREIE WÄHLER heute auf drei eng bedruckten Seiten ihren Prozess der Selbsterleuchtung präsentieren, subsumieren wir als Oppositionsführer im Bayerischen Landtag

(Johannes Becher (GRÜNE): Ihr seid kein Oppositionsführer!)

seit drei Jahren in einem einzigen Wort: Ampel-Abrisstruppe. Dieses Wortspiel wird wohl auch das Einzige sein, was uns später an die drei Parteien des 1.065 Tage dauernden Wahnsinns erinnert. Unter deren desolater Politik werden allerdings noch Generationen leiden. Diese Parteien haben nicht nur nichts geliefert, nein, sie haben das Land mit Fleiß an die Wand gefahren.

(Beifall bei der AfD)

Ihr Antrag betont die Bedeutung Bayerns als siebtstärkste Wirtschaftskraft Europas. Aber warum sind Sie selbst in den diversen Kabinetten Merkel dieser Bedeutung eigentlich niemals gerecht geworden? – Sie saßen mit am Tisch, als Merkel 2015 begann, unsere Heimat an Hergelaufene zu verschenken: Wohnungsnot, klamme Gemeinden, Gewalt gegen Frauen, die Bildungsmisere, das Ausbluten unserer Sozialkassen und nicht zuletzt der grassierende Antisemitismus – all das hat die Ampel-Regierung befeuert, aber gezündelt haben schon Sie.

(Beifall bei der AfD)

Davon wollen Sie heute nichts mehr wissen; aber wir werden den Auftrag erfüllen. Wir werden unsere Bürger beständig genau daran erinnern. Ihr Antrag ist in weiten Teilen ein konjunktivistisches Sammelsurium mit sehr mäßiger Substanz.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Na ja!)

Dabei ist es auch in der Zeit des Interregnums gut möglich, in Berlin Weichen zu stellen. Ich nenne ein Beispiel: Bringen Sie mit der CDU endlich Ihren Entwurf des Zustombegrenzungsgesetzes in den Bundestag ein. Er hätte hervorragende Chancen, mit den Stimmen von FDP, BSW und natürlich mit unseren Stimmen, mit den Stimmen der Alternative für Deutschland,

(Lachen des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

eine stabile Mehrheit zu finden; aber halt,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Schwesterpartei BSW!)

wie konnte ich es nur vergessen: die Brandmauer! Die linke Systempresse könnte zusammen mit SPD und "GRÜN:innen" über den dann bösen rechten Merz herfallen. Das ist Ihre Angst. Liebe Kollegen von der CSU und auch der CDU in Berlin, so viel Mut zum eigenen Volk haben die versammelten Schwarzen dann doch nicht. Das könnte Stimmen kosten. So werden Ihre früheren Stammwähler und vor allem viele

junge Menschen am 23. Februar 2025 weiterziehen. Sie werden sich an der einzigen Partei orientieren, der sie zutrauen, Deutschland zurückzuholen. Sie werden der Alternative für Deutschland das Vertrauen schenken. Diese Menschen da draußen wollen weder Schwarz-Rot noch Schwarz-Grün. Sie wollen eine deutsche Zukunft in blauen Farben.

(Beifall bei der AfD)

Ihren Schaufensterantrag samt der Wahlkampfrede des geschätzten Fraktionsvorsitzenden lehnen wir ab.

Nun komme ich zum nachgezogenen Antrag der Kollegen der sozialistischen Fraktion.

(Unruhe)

Sie beklagen im Nachzieher ganz zu Recht das Versagen Merkels und natürlich auch Söders beim Kernkraftausstieg; aber was haben Sie denn besser gemacht in den Jahren? – Ihre Partei hat den Habeck'schen Wahnsinn vom ersten Tag an mitgetragen. Heute reichen Sie einen billigen Nachzieher zum Abgang der Ampel-Regierung ein,

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

eingebracht von der Partei, die die Deindustrialisierung unseres Staates befeuert hat: 130 Milliarden Euro Negativsaldo bei den Direktinvestitionen sind die Schuld der Ampel-Abrisstruppe. Das ist das Vergehen der Ampel-Abrisstruppe an der deutschen Wirtschaft, am deutschen Staat, am deutschen Volk.

(Beifall bei der AfD)

Sie schwadronieren in Ihrem Nachzieher auch noch von Bravour in der Arbeit dieses Abrisskanzlers. – Liebe Kollegen, ich bin gewiss nicht als Freund der Freien Demokraten bekannt; aber der erste Satz Ihrer Begründung ist schon wirklich unterirdisch. Lindner hat den Haushalt nicht verhindert, sondern er hat verhindert, dass Scholz unsere Verfassung willentlich und wissentlich so lange biegt, bis sie bricht.

Wir lehnen auch Ihren nachgezogenen Dringlichkeitsantrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Eva Lettenbauer für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Markus Söder macht wohl gerade einiges durch. Die Ampel-Regierung ist zerbrochen. Jetzt hat er gar kein Thema mehr.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Und ihr bald keine Regierungsverantwortung!)

Trotzdem kommt hier wieder ein Ampel-Bashing-Antrag. Ich frage mich, ob Markus Söder den Bezug zur Realität verloren hat.

(Lachen des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Was wir hier wieder einmal hören, ist nur rückwärts-, aber auf keinen Fall nach vorne gewandt. Ist das jetzt Ihr Motto? Verschonen Sie die Bürgerinnen und Bürger in Bayern doch bitte mit solchen inhaltsleeren und populistischen Anträgen!

(Zuruf: Oh! – Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir dann abgesehen davon einmal genauer hinsehen, was im Antrag steht und was wir in den letzten Tagen so von Ihnen hören, fällt eines auf: Die CSU will das Leben der Menschen in Bayern teurer machen.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): So ein Schwachsinn!)

Sehen wir genauer hin: Kürzungspläne für Familien. Familien und Pflegebedürftige bezahlen jetzt also den Preis für Ihre jahrelangen Finanzeskapaden.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wer hat denn die deutsche Wirtschaft ruiniert? – Habeck!)

Soll das so sein? – Das ist weder familien- noch sozialfreundlich. Wir brauchen hier in Bayern ganz, ganz dringend Kitas, Pflegeplätze und Unterstützung für Familien mit wenig Einkommen.

Blicken wir in die andere Richtung: Deutschlandticket. Dieses Deutschlandticket, das so eine große Errungenschaft darstellt,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Irrsinn!)

würde Markus Söder am liebsten sofort begraben. Was für ein fataler Fehler!

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Völlig zu Recht! – Beifall bei den GRÜNEN)

Das Deutschlandticket, Herr Pohl, ermöglicht Millionen Menschen hier in Bayern einen billigen Weg zur Arbeit und bringt sie von A nach B.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Marode Schieneninfrastruktur! Der Zug fährt doch gar nicht!)

Ich erwarte, dass Markus Söder und Sie als Staatsregierung Politik für die Menschen in Bayern machen. Dazu gehört, billige Tickets zu haben, und auch, endlich einmal die Hausaufgaben zu erledigen für mehr Bus und mehr Bahn, nicht Flugtaxis in den Himmel zu loben, sondern ganz bodenständig Busse fahren zu lassen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Auf Straßen, die ihr nicht sanieren wollt!)

Wir können auch über Landwirtschaft sprechen, die mir sehr wichtig ist.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Unsere Landwirtinnen und Landwirte –

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Pohl, bitte etwas Zurückhaltung!

Eva Lettenbauer (GRÜNE): – brauchen eine verlässliche Unterstützung und Sicherheit für ihre Planung. Was passiert hier in Bayern? – Anstatt zukunftsweisende Projekte wie den Humusaufbau und Unterstützung für die Böden für den Klimaschutz zu fördern, streicht die Staatsregierung die wichtigen Mittel zusammen. Das ist eine kurzsichtige Politik. Das ist eine Politik, die die bäuerlichen Betriebe gefährdet, und eine, die den Klimaschutz ausbremst. Das brauchen die Bürgerinnen und Bürger hier in Bayern nicht. Das schwächt Bayern. Wir brauchen ein starkes Bayern und ein starkes Deutschland.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie wir sehen, spricht die CSU vom Sparen, Maßhalten und Weichenstellen. Damit haben Sie aber ein Weichenstellen in Richtung Stillstand und Rückschritt im Blick.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das haben Sie zu verantworten!)

Wir wollen und ich möchte, dass wir uns hier in Bayern im Jahr 2024 für ein Land aufstellen, das die Moderne und die Zukunft im Blick hat und in dem die Bürgerinnen und Bürger nicht auf der Strecke bleiben, sondern in dem sie unterstützt werden und in dem man sich gemeinsam für ein starkes Bayern und für die Bürgerinnen und Bürger einsetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Holetschek, Sie haben die Energie angesprochen. Krisenmanager Habeck hat uns durch die Winter gebracht.

(Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Unruhe)

Er verstärkt jetzt nach vielen, vielen Jahren die Stromnetze hier in Bayern,

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

die Sie sträflich vernachlässigt haben

(Martin Wagle (CSU): Satire pur! – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Büttensrede!)

und zu denen jeder Abgeordnete hier im Bayerischen Landtag erzählen kann, dass sich die Unternehmen über die schlechte Stromnetzinfrastruktur beschweren. Die Energiewende in Bayern ist gerade in den letzten Jahren mit einer Windwende von Robert Habeck beschleunigt worden. Das müssen wir doch einmal auf den Tisch legen, wenn es um Fakten und ehrliches Diskutieren geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was Sie sich auch fragen müssen, um Windstrom konkret hier in Bayern zuzulassen, Windräder zu genehmigen und klimaneutralen Unternehmen den Weg freizuräumen: Wo ist hier in Bayern denn der Wirtschaftsminister, Herr Söder? Liebe Kolleginnen und Kollegen der Staatsregierung, was tut er?

(Zurufe – Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Holetschek, Sie haben auch von einem Schauspiel gesprochen. Hier muss ich einmal klar sagen: Das Land immer nur schlechtzureden, schadet dem Land.

(Klaus Holetschek (CSU): Oh!)

Das Schauspiel, das hier im Bayerischen Landtag heute aufgeführt worden ist, kommt von Ihnen. Es ist ein Schauspiel aus Parteitaktik,

(Klaus Holetschek (CSU): Uns geht es ums Land!)

Wahlkampf und einem Immer-nur-die-Bürgerinnen-und-Bürger-einfach-so-anlügen-Wollen-und-ihnen-sonst-etwas-Erzählen.

(Klaus Holetschek (CSU): Peinlich!)

Wir müssen uns hier an Fakten halten. Hören Sie damit auf, anderen Schauspiel vorzuwerfen, wenn Sie hier offensichtlich der Einzige sind, der diesen Antrag zu verantworten hat, der die Bürgerinnen und Bürger nur anstacheln und gegeneinander aufbringen will und nach unten tritt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Klaus Holetschek (CSU): Glauben Sie selbst, was Sie hier reden?)

Ich finde, wir brauchen

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Keine GRÜNEN mehr!)

hier im Bayerischen Landtag ganz ernsthaft eine ehrliche und fleißige Arbeit der Abgeordneten, wie wir GRÜNE sie an den Tag legen.

(Zurufe: Oh! – Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Uns allen muss es ein absolut ernsthaftes Interesse sein, dass wir hier nicht sonst etwas erzählen, sondern Tacheles reden, und dass wir aufzeigen, welche Lösungen wir für Bayern auf den Tisch legen. Die Lösungen sind nicht, nach Berlin zu zeigen,

(Martin Wagle (CSU): Keine Ahnung und keine Lösung!)

sondern hier eins nach dem anderen abzuarbeiten, was ich Ihnen aufgezählt habe, von den Kitas über die Busse auf dem Land bis hin zur starken Landwirtschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer hier im Land Verantwortung trägt – dass muss ich auch richtigstellen, Herr Holetschek –, entscheiden in unserer Demokratie zum Glück weiterhin die Wählerinnen und Wähler.

(Zurufe)

Aus Umfragen hören wir, dass 20 % Robert Habeck als Kanzler haben wollen,

(Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

sogar mehr als den amtierenden Kanzler.

(Unruhe)

Deshalb ist absolut klar: Markus Söder ist unterlegen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Alles ist möglich, und es muss jetzt darum gehen, –

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, darf ich Sie einen Moment unterbrechen?

Eva Lettenbauer (GRÜNE): – konkret über Lösungen zu diskutieren. Hören Sie damit auf, schon vor einer Wahl das Ergebnis kennen zu wollen. Dieses Ergebnis kennt niemand. Alles ist möglich,

(Martin Wagle (CSU): Rede zum 1. April! – Zurufe)

und ich erwarte – –

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: So, Kolleginnen und Kollegen – jetzt muss ich Sie einmal kurz unterbrechen –, vorhin war von Bierzeltreden die Rede. Ich stelle fest, dass hier eine Bierzeltatmosphäre im Auditorium herrscht, nicht unter den Rednern. Halten Sie sich also bitte einmal zurück und sorgen Sie dafür, dass alle Redner ihre Gedanken hier letzten Endes vortragen können. – Bitte, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Das Bierzeltverhalten, das gerade der CSU- und FREIEN WÄHLER-Block hier an den Tag legt,

(Zurufe)

möchte ich zum Anlass nehmen, meine Erwartungen für die nächsten Wochen zu äußern, – –

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, so tun Sie sich allerdings keinen Gefallen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Ich habe vorhin auch von Ihnen persönlich Zurufe wahrgenommen. So ist es ja nicht. Allerdings müssen Sie jetzt keine Sorge wegen Ihrer Redezeit haben. Sie haben noch eine Minute und zwanzig Sekunden, nachdem ich Sie mehrfach unterbrochen habe. Reden Sie aber bitte zur Sache.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Zwischenrufe hier im Parlament finde ich spitze. Diese unterstütze ich. Mit der Bierzeltatmosphäre meine ich, dass Sie hier herumtrommeln und blöken, anstatt konkret für die Menschen im Land zu arbeiten.

(Zurufe)

Ich finde es krass, dass hier vor allem über andere gesprochen worden ist, von Herrn Holetschek nach Berlin gedeutet worden ist und Sie sich in einen Rausch trommeln, anstatt konkret in Bayern Windräder zuzulassen, für Stromnetze zu sorgen, die Unternehmen zu unterstützen, damit die Arbeitsplätze bleiben, die Wirtschaft sich wettbewerbsfähig und klimaneutral aufstellen kann und die Jobs dann auch hierbleiben. Ganz ehrlich, das ist mein Punkt, und ich finde, man kann erwarten, dass hier einmal geklatscht wird, aber man sich nicht so verhält. Demnach erwarte ich, dass dies in den nächsten Wochen endlich wieder ein ehrliches, fleißiges und bodenständiges Parlament wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung. Dazu erteile ich dem Kollegen Franc Dierl von der CSU-Fraktion das Wort.

Franc Dierl (CSU): Liebe Kollegin Lettenbauer, wenn ich nicht wüsste, dass Sie von den GRÜNEN sind, dann müsste ich annehmen, Sie hätten gerade für eine andere Partei gesprochen. Ihnen ist schon klar, dass da in Berlin eine Regierung zerbrochen ist, an der Sie maßgeblich beteiligt waren? Sie haben gerade auch die Errungenschaften angepriesen, die diese Regierung aus Ihrer Sicht erreicht hat. Sie haben Habeck gelobt; wir wissen, was dahintersteht: Der Wahlkampf hat begonnen.

Ich hätte gerne eine Frage beantwortet. Diese Regierung hatte jetzt zum Schluss noch eine Zustimmung von 13 %. 13 % der Bevölkerung waren der Meinung, das sei eine gute Regierung. – Wie können Sie dann erklären, dass das eine sehr gute Regierung war? Wie können Sie den Anspruch erheben – wie Sie es eben getan haben –, Sie hätten alles besser gemacht als wir hier in Bayern? Ich hätte gerne eine Aussage von Ihnen zu diesen 13 %.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Frau Kollegin.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Wenn Sie nicht merken, dass die verschiedenen Punkte – von einer starken, wettbewerbsfähigen und klimaneutralen Wirtschaft über sichere Jobs bis hin zu Gerechtigkeit und zu Kitaplätzen hier in Bayern – Teil einer grünen Rede sind,

(Michael Hofmann (CSU): Alles Phrasen!)

dann merke ich, dass Sie offensichtlich in den letzten Wochen, Monaten und Jahren überhaupt nicht genau hingeschaut haben, was wir GRÜNE vorschlagen und wofür wir uns für die Menschen einsetzen.

(Zuruf von der CSU: Nur Sprechblasen!)

Das Hauptproblem ist, dass Sie hier Vorwürfe machen und offensichtlich gar nicht merken – außer wenn Sie wie diesmal einmal fünf Minuten zugehört haben –, dass wir

uns genau dafür seit Jahren für die Menschen in Bayern in die Pötte werfen, damit etwas vorwärtsgeht und wir hier in Bayern eine Zukunft haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Kollege Felix Locke für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön, Sie haben das Wort. – Bitte atmen Sie alle einmal durch und halten im Idealfall den Mund. – Der Kollege hat das Wort.

Felix Locke (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Fakt ist: Berlin braucht mehr Söder und Aiwanger und weniger Habeck und Scholz, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Liebe Kollegin Lettenbauer, mit Ihrer Pippi-Longstrumpf-Bierzeltrede kommen Sie hier auch nicht weiter.

(Widerspruch der Abgeordneten Eva Lettenbauer (GRÜNE))

Jetzt bleiben wir einmal seriös, bei den Fakten und der Realität. Sie sprechen hier davon, dass die Bayerische Staatsregierung realitätsfremd arbeitet. Was ist denn realitätsfremder als ein Noch-Wirtschaftsminister Habeck, der sich an seinem angeblichen Küchentisch hinsetzt und sagt, er wolle Bundeskanzler werden. Das ist doch realitätsfremd per se.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Mit Ihrer ideologiegetriebenen Politik in Berlin treiben Sie doch seit drei Jahren die Wähler zu den Radikalen, während wir hier in Bayern versuchen, vernünftige Politik zu machen und das zu retten, was Sie drei Jahre lang kaputt machen. Ich werde das auch einfach anhand von ein paar Fakten beweisen.

Nehmen wir uns einmal den bayerischen Nachtragshaushalt vor. Andere Regierungen scheitern an einem Haushalt. Wir haben schwierigste Zeiten, die wir hier in Bayern nicht zu verantworten haben, und Einnahmenverluste in Milliardenhöhe. Wir stehen vor großen Herausforderungen und schaffen es als Regierungskoalition von FREIEN WÄHLERN und CSU innerhalb kürzester Zeit, einen soliden Haushalt aufzustellen. Dieser Haushalt enthält keine Kürzungen, sondern nur eine Umschichtung von Geldern. Das sind übrigens Umschichtungen im Sozialsystem, bei der Kitaförderung und bei der Pflege; Sie von der SPD und von den GRÜNEN fordern seit Jahren, dass wir die Kommunen stärken und dass wir das Geld eben nicht mit der Gießkanne verteilen.

Was kommt von Ihnen? – Sie fangen genau an diesen Stellen zu raspeln an, weil Sie natürlich irgendwie auch dagegen sein müssen, ohne dass Sie auch einmal den Anstand und die Vernunft haben zu sagen, dass unser Nachtragshaushalt einfach ein Meisterwerk in dieser schwierigen Zeit ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Es kann auch nicht sein, dass Bayern die Cashcow Deutschlands ist. Das ist auch Realität. Wir werden seit Jahrzehnten geschröpft. Wir haben 117 Milliarden Euro in den letzten Jahren an den Bund gezahlt. Damit könnten wir so viel anstellen, und trotzdem schaffen wir es in Bayern, Haushalte aufzustellen, die keine Neuverschuldung haben. Das ist ein Verdienst der ehrlichen Arbeit der Abgeordneten hier in Bayern. Deswegen verbitte ich es mir, dass vonseiten der SPD und der GRÜNEN immer gesagt wird, wir machten keine Politik für unser Land.

Die Bayerische Staatsregierung und auch der Haushalt sind Bayernpolitik per se. Deswegen dürfen und müssen wir auch an so einem Tag wie heute die Ampel-Regierung in der Form einfach abwatschen und einmal die Fakten auf den Tisch legen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wenn man sich irgendwann in 15 Jahren einmal zurückerinnert, dann wird man über diese drei Jahre Ampel-Regierung berichten. Was bleibt denn in Erinnerung? Was sind denn die großen Punkte, die die Ampel in Berlin geschafft hat? – Das sind zwei Themen: die Cannabis-Legalisierung und das Selbstbestimmungsgesetz. Das sind die einzigen zwei Themen, die Sie wirklich hinbekommen haben, und das sind die zwei größten Fehler, die Sie gemacht haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Jahrzehntelang hatten wir eine gute und solide Drogenpolitik. Die Probleme in diesem Land sind Sie nicht angegangen. Sie haben die Wähler betrogen, indem Sie sich durch individuelle Machtkämpfe, durch ideologiegetriebene Politik so weit voneinander entfernt haben, dass das Vertrauen in unseren Staat und das Vertrauen in die Demokratie auch hier in Bayern deutlich gelitten hat.

Wir in Bayern haben jetzt die Aufgabe – und das haben wir in den letzten Monaten auch hier im Bayerischen Landtag gemacht –, immer wieder mit erhobenem Zeigefinger nach Berlin zu deuten; denn die Politik, die Sie dort gemacht haben, war einfach auch demokratiefeindlich. Warum gibt es eine erstarkte AfD? Warum gibt es ein BSW, das auf einmal in Landtagen sitzt? – Weil wir es eben nicht geschafft haben, die Bürger mitzunehmen, und die Bürger das Vertrauen in uns Parlamentarier verloren haben.

Das ist nicht die Schuld der Bayerischen Staatsregierung und das ist auch nicht die Schuld der Regierungsfractionen, sondern das ist einzig und allein die Schuld einzelner Charaktere, die es nicht geschafft haben, über ihren eigenen Schatten zu springen, die ideologiegetriebene Politik machen und in den schwierigen Zeiten dann auch Entscheidungen getroffen haben. Ich nenne nur die E-Mobilitätsförderung oder auch die Streichung der Subventionierung für unsere Landwirte. Damit haben Sie einfach komplett bewiesen, dass unser Staat handlungsunfähig ist.

Deswegen möchte ich dafür werben, dass wir uns in dieser kurzen Zeit, die wir haben, hart miteinander auseinandersetzen für die besten Ideen für unser Land, dass wir in den nächsten Monaten nicht durchs Land ziehen und uns gegenseitig anschuldigen. Ich habe heute meinen Standpunkt klargemacht. Ich werde jetzt aber versuchen, einen konstruktiven Wahlkampf zu führen. Ich hätte noch viel zu sagen, aber ich habe meinem Geburtstagskind Bernhard Pohl versprochen, dass er heute auch noch ein bisschen reden darf. Deswegen komme ich jetzt zum Schluss und überlasse die restliche Redezeit der FREIEN WÄHLER unserem Geburtstagskind Bernhard Pohl.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Davor gibt es noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Prof. Dr. Ingo Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Locke von den FREIEN WÄHLERN, Sie fordern hier heute ein wirtschaftlich starkes Deutschland und ein starkes Bayern. Bei der Forderung eines starken Deutschlands können Sie gut reden haben; da spielt Ihre kleine Regionalpartei keine Rolle. Aber ein starkes Bayern zu fordern, ist schon ziemlich dreist; denn seit Sie als FREIE WÄHLER in der Staatsregierung sind, geht es auch im Freistaat wirtschaftlich bergab.

Wahrscheinlich ist das auch der Grund, warum Ihr Chef und Wirtschaftsminister Aiwanger heute gar nicht da ist, obwohl es der eigene Dringlichkeitsantrag zum Thema Wirtschaft ist. Warum aber sollte man auch hier im Bayerischen Landtag sitzen, wenn heute der Chef Markus Söder auch selbst nach Berlin geflohen ist? Meine Frage an Sie: Haben Sie denn eine Erklärung für die negativen Daten? Haben Sie eine Erklärung, warum seit 2023 das Risiko der Standortbedingungen für bayerische Unternehmen um 15 % gestiegen ist?

Felix Locke (FREIE WÄHLER): Erstens tragen wir als FREIE WÄHLER schon mehr Regierungsverantwortung, als Sie als AfD jemals tragen werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweitens wundert es mich bei solchen Zwischenbemerkungen nicht, dass sich Mitglieder der Staatsregierung das hier nicht geben; denn es gilt partout, Wichtigeres zu sagen und sich um die wirtschaftlichen Herausforderungen zu kümmern. Herr Aiwan-ger ist mit Unternehmerinnen und Unternehmern in Gesprächen, weil wir vor schwierigen Herausforderungen stehen.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Eine Antwort zu den 15 %!)

Ihre russlandfreundliche Politik und entsprechenden Äußerungen, Ihre Liebe zu Trump führen uns in Bayern dazu, dass wir vor herausfordernden Zeiten stehen; hinzu kommt die desaströse Wirtschaftspolitik der Ampel.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Sagen Sie etwas zu den 15 % und warum!)

Ich erwarte natürlich von unserem Staatsminister, dass er versucht, die Themen zu lösen, was er auch tut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als nächstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Bernhard Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

(Volkmar Halbleib (SPD): Eine Geburtstagsrede!)

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich soll eine Geburtstagsrede halten. Ich möchte aber zunächst einmal der Kollegin Lettenbauer etwas ins Stammbuch schreiben. Ja, man kann hier im Hohen Haus auftrumpfen und Bierzeltreden halten, wie Sie es getan haben. Das ist zulässig.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Eines geht aber wirklich nicht, Frau Kollegin. Sie können nicht sagen, dass Sie die Abgeordneten hier im Landtag auffordern, ehrliche Arbeit zu leisten, wie Sie von den GRÜNEN es tun.

(Michael Hofmann (CSU): Richtig!)

Das ist für alle Abgeordneten im Landtag ungeachtet ihrer Fraktionszugehörigkeit eine Beleidigung.

(Michael Hofmann (CSU): Ja!)

Ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Sie wissen, wie ich zu den Kolleginnen und Kollegen der AfD stehe. Ich würde aber nicht einmal dieser Fraktion absprechen, dass jeder sein Mandat ehrlich ausübt. Natürlich tun sie dies mit einem ideologischen Unterton, der uns nicht passt; aber einem Kollegen ehrliche Arbeit abzusprechen, geht nicht. Das sollten Sie bitte bei nächster Gelegenheit korrigieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf der Abgeordneten Eva Lettenbauer (GRÜNE))

In der letzten Woche ist der letzte Akt des Dramas mit dem Titel "Die Ampel" an einen historisch traurigen Tiefpunkt deutscher Nachkriegsgeschichte gelangt. Ja, ich wähle diese Worte mit Bedacht. Wir alle haben uns gewünscht, dass die Ampel vorzeitig einzieht, dass sie am Ende ist. Das Scheitern aber ausgerechnet an dem Tag öffentlich zu machen, an dem Donald Trump wieder zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wurde, ist ein Desaster sondergleichen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Meine Damen und Herren, an einem solchen Tag, an dem ein Präsidentschaftskandidat in dieses Amt gewählt wird, der deutlich gesagt hat, wie er künftig mit Europa umzugehen gedenkt, hätte ich mir ein kraftvolles Signal des größten EU-Landes, nämlich

Deutschlands, gewünscht. Es kam tatsächlich ein kraftvolles Signal, nämlich das Aus für die Ampel.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat Auswirkungen. Das hat Langzeitwirkungen. Das wird nicht nur in den USA wahrgenommen. Das wird auch nicht nur in Europa, sondern weltweit wahrgenommen. Das wird auf Regierungsebene und in der Wirtschaft wahrgenommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein gefährliches Zeichen von Schwäche, das man in der Nachkriegsära eher aus Italien kannte.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Wenn schon die Fraktionschefs darüber entscheiden, wann ein Bundeskanzler die Vertrauensfrage stellt und wann es Neuwahlen gibt, dann ist das ein merkwürdiges Verfassungsverständnis.

(Michael Hofmann (CSU): Richtig!)

Wie lautet die Dreijahresbilanz dieser Ampel? – Man hat sich sehr schnell auf Dinge verständigt, die, ich sage mal, deutschlandpolitisch und weltpolitisch von untergeordneter Bedeutung sind: Cannabislegalisierung, Gendern, Selbstbestimmungsrecht, Tierschutz und Deutschlandticket statt Verbesserung der Schieneninfrastruktur der Bahn.

(Zuruf der Abgeordneten Sanne Kurz (GRÜNE))

In den Kernthemen haben Sie jämmerlich versagt. Sie haben einen verfassungswidrigen Haushalt vorgelegt. Sie haben ein Heizungsgesetzchaos produziert.

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Sie haben die Landwirtschaft als Sündenbock abgestempelt. Sie haben ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr beschlossen und dann über Monate hinweg nichts dafür getan, dass es ausgegeben wird. Das Asyldrama

möchte ich an dieser Stelle noch nennen. Dann gab es ein als Bürgergeld getarntes Grundsicherungsprogramm,

(Zuruf: Grundeinkommen!)

ein bedingungsloses Grundeinkommen für jeden. Das geht nicht. Das ist der falsche Weg.

(Zuruf der Abgeordneten Eva Lettenbauer (GRÜNE))

Ich setze jetzt noch einen drauf: Ganz besonders schlimm war die Uneinigkeit im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine. Marie-Agnes Strack-Zimmermann und Annalena Baerbock haben das vertreten, was auch ich für richtig halte. Auf der anderen Seite der Skala nenne ich aber Mützenich und Scholz, der nicht wusste, ob er vorwärts oder rückwärts geht. Wenn ich dann sehe, dass Mützenich auch noch kritisiert, dass wir hier in Deutschland US-Marschflugkörper stationieren wollen, dann sage ich Ihnen, was Boris Pistorius brandaktuell auf der Jahrestagung des Reservistenverbandes dazu gesagt hat: Das ist verantwortungslos. So spricht Ihr Verteidigungsminister über Ihre Partei.

Die Folge dieser Ampel ist: Die Wirtschaft liegt am Boden. Radikale Ränder sind gestärkt. Die internationale Rolle Deutschlands ist schwer beschädigt. Die Ampel muss so schnell wie möglich weg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es gibt wegen zweier Meldungen zu einer Zwischenbemerkung noch zweimal 60 Sekunden Geburtstagszuschlag auf die Redezeit. Zuerst erteile ich dem Kollegen Ingo Hahn von der AfD-Fraktion das Wort.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Pohl von den FREIEN WÄHLERN, ich möchte Ihnen jetzt nicht den Geburtstag verderben; aber eine kritische Frage muss erlaubt sein. Ich finde es interessant, dass sich die FREIEN WÄHLER mit

der Weltpolitik, den USA und der Wiederwahl Donald Trumps befassen. Ihr Parteivorsitzender Aiwanger, der hier in Bayern eigentlich Vizekanzler und Wirtschaftsminister ist – –

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Vizekanzler ist er noch nicht!)

– Vizeministerpräsident. Er sollte eigentlich hier sein. Er ist heute wahrscheinlich mit Söder auch irgendwo in Berlin. Sie haben eine große Verantwortung hier in Bayern. Ich finde, darauf sollten Sie sich beschränken. Wir haben große Probleme in der Familienpolitik. Wir haben es heute wieder gehört: Streichungen bei Kitas und Schulen. Wir haben eine große Verantwortung in der Wirtschaft. Ich habe es eben gesagt: 15 % höheres Risiko für die bayerischen Unternehmen. Das sind alles Dinge, um die Sie sich eigentlich kümmern sollten.

Deshalb meine Frage: Warum vernachlässigen Sie die Familienförderung mit den Streichungen, die bekannt waren, sodass zu wenig selbst ausgebildete Fachkräfte nachkommen? Wann kümmern Sie sich darum? Das hat Helmut Schmidt schon damals gesagt, dass die Fachkräfte hier selber ausgebildet werden müssen. Wann kümmern Sie sich darum, dass es damit in Bayern wieder vorangeht?

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Geschätzter Kollege, ich wusste nicht, dass Helmut Schmidt sich über die FREIEN WÄHLER Gedanken gemacht hat. Wenn Sie Hubert Aiwanger als Vizekanzler bezeichnen, dann muss ich Ihnen in dieser Frage allerdings eine bemerkenswerte Weitsicht attestieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir in Bayern machen unsere Hausaufgaben. Wir haben am Montag drei Stunden für einen Nachtragshaushalt benötigt. Nur drei Stunden! Andere zerbrechen an einer solchen Aufgabe. Wir haben solide Staatsfinanzen und sind vor allem vorausschauend genug, jetzt schon Weichen zu stellen, damit es uns in ein, zwei, drei oder vier Jahren nicht einmal so geht wie der Ampel jetzt, dass man sehr schwere und für die Bürger

einschneidende Entscheidungen treffen muss. Wir arbeiten gut und vorausschauend und halten Bayern am Laufen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als Nächster erteile ich der Kollegin Sanne Kurz zu einer Zwischenbemerkung das Wort.

Sanne Kurz (GRÜNE): Geschätzter Herr Pohl von den FREIEN WÄHLERN, wenn die AfD Material für YouTube produzieren kann, dann will ich das heute auch einmal nutzen, um ein paar Fakten richtigzustellen.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Nolte (AfD))

Sie sagten: Der Bund bzw. die Bundesregierung beschäftige sich mit dem Gendern und dem Grundeinkommen. Hier in Bayern hat Ihre Regierung aus CSU und FREIEN WÄHLERN sich sehr viel mit dem Gendern beschäftigt. Mich würde ganz konkret interessieren, wo und wann sich die Bundesregierung in irgendeiner Form mit dem Gendersternchen beschäftigt hat.

Aber zu meiner eigentlichen Frage. Sie haben bei den FREIEN WÄHLERN ja ab und zu mal mit Wirtschaft zu tun. Wie stehen Sie dazu, dass Bayern laut Statistischem Landesamt in Fürth im letzten Halbjahr inflationsbereinigt dreimal so schlecht abgeschnitten hat wie der Bundesdurchschnitt? Das interessiert mich. Die Wirtschaftsleistung ist doch Thema Ihres Wirtschaftsministers. Mich interessiert, was Sie dazu zu sagen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ich beginne mit Ihrer Frage zum Gendern. Gendern ist mehr als die Benutzung eines Sternchens. Das wissen Sie. Wir haben dieser Sprachvergewaltigung durch Benutzung des Gendersternchens schnell und rasch den Stöpsel gezogen,

(Zurufe von der AfD: Oh!)

indem wir für Bayern beschlossen haben: Das findet in öffentlichen Verwaltungen und in den Schulen nicht statt. Das ist gut so.

(Zuruf der Abgeordneten Sanne Kurz (GRÜNE))

Wenn Sie jetzt von der Wirtschaftspolitik reden, kann ich Ihnen sagen, wer die Schuld daran trägt, dass es wirtschaftlich nun auch in Bayern schwieriger wird. Das ist der Zauberlehrling Robert Habeck, der Kinderbuchautor aus Schleswig-Holstein,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe der Abgeordneten Sanne Kurz (GRÜNE))

den ihr gerufen habt und jetzt nicht mehr loswerdet.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das ist Fakt. Natürlich trifft es, wenn es runtergeht, erst einmal die, die besonders erfolgreich waren. Die haben dann etwas schwerer daran zu tragen. Das ist richtig.

Das Zweite ist: Wir sind ein Automobilland. Auch durch Ihre verheerende Politik gegen die Automobilindustrie –

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): – sind wir hart getroffen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 19/3951 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen.

– Das sind die Fraktionen von FREIEN WÄHLERN und der CSU. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Bei Gegenstimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und AfD. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/3968 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die Fraktionen FREIE WÄHLER, CSU und AfD. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/3952 mit 19/3954 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.